

11. Entlastung von Lehrpersonen im- und ausserhalb des Unterrichts zur Steigerung der Beschäftigungsquote, der Produktivität und der Verweildauer im Beruf

Postulat Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon), Carola Etter-Gick (FDP, Winterthur) vom 11. Juli 2022

KR-Nr. 228/2022, Entgegennahme als Postulat, Diskussion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Monika Wicki hat an der Sitzung vom 16. Januar 2023 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Jährlich rund um die Sommerferien grüsst das Murmeltier. Jedes Jahr müssen wir wieder erfahren, wie viele Klassen kurz vor den Sommerferien oder kurz vor den Herbstferien noch keine Lehrpersonen haben. Und jedes Jahr erfahren wir wieder, wie viele dieser Personen durch Poldis, also durch nicht ausgebildete Lehrpersonen gedeckt werden sollen. Poldis (*Personen ohne Lehrdiplom*) sind ein Notnagel, aber auf Dauer sind sie keine Lösung. Wenn sie unproblematisch wären, könnten wir heute die PH (*Pädagogische Hochschule*) schliessen, und ich glaube, das fordert niemand. Die links-gewerkschaftliche Seite macht es sich sehr einfach in der Lösungsfindung, man hört immer dasselbe: mehr Ressourcen. Gemeint ist: Wir brauchen mehr Personal, noch mehr Personal, wir brauchen noch mehr Lohn – und dann wird alles gut.

Nun, erstens mal gibt es dieses Personal nicht. Zweitens ist das eine reine Symptombekämpfung. Die Schule wird mit zusätzlichen Ressourcen höchstens noch komplizierter. Drittens sind die Löhne der Lehrpersonen im Kanton Zürich 25 Prozent über dem Durchschnittslohn der Deutschschweizer Lehrpersonen. Und, viertens, schaffen wir so für die Kinder noch mehr Bezugspersonen; ich erinnere an das Projekt von Regine Aepli (*Altregierungsrätin*), «Fokus starke Lernbeziehung», wo es genau darum ging, eben diese Bezugspersonen zu reduzieren und nicht immer noch mehr Bezugspersonen für die Kinder zu schaffen. Und fünftens führt eine flächendeckende Anpassung beispielsweise des Lektionenfaktors, was ja auch verlangt wird, schlicht zu einer indirekten Lohnerhöhung. Denn letztlich wird das nichts anderes bewirken, als dass entweder die Pensen leicht erhöht werden – bei gleicher Arbeit oder bei gleichen Schulstunden –, weil das Personal nicht da ist. Im Gegenteil, wenn wir die Löhne erhöhen – und davon liest man in der Vergangenheit immer wieder und immer mehr –, dann hat man das Risiko, dass die Pensen gesenkt werden. Und das ist genau das, was wir sicher nicht wollen.

Die Unterrichtsleistung einer Lehrperson hängt im Wesentlichen von drei Faktoren ab, erstens, dem Beschäftigungsgrad, zweitens, der Verweildauer im Beruf und, drittens, dem Anteil der Arbeitszeit, die tatsächlich für den Unterricht und dessen Vor- und Nachbereitung aufgewendet werden kann. Die vorliegende Motion, die in ein Postulat umgewandelt wurde, zielt darauf ab, diese drei Faktoren

integral positiv zu beeinflussen: Für Lehrpersonen soll es wieder möglich sein, ein vereinbartes Pensum ohne Überstunden und ohne übermässige Belastung auszufüllen. Ihr Beruf soll sie wieder mehr erfüllen. Die ergänzende, parallel eingereichte Motion «Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in der Volksschule» (KR-Nr. 229/2022), die als nächstes auf der Traktandenliste steht, zielt hingegen auf die Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades ab. Zur Verweildauer im Beruf: Jede fünfte Lehrperson verlässt heute ihren Beruf innerhalb der ersten fünf Jahre. Vor diesem Hintergrund nützt es wenig, dass heute an den Bildungsinstituten für Lehrpersonen rund doppelt so viele Studierende eingeschrieben sind wie noch vor 15 Jahren. Diese Institutionen werden so zu reinen Durchlauferhitzern.

Zum Unterrichtsanteil an der laufenden Arbeitsleistung: Die Verteilung der Ausbildung eines einzelnen Kindes auf verschiedenste Personen, aber auch die weiteren beruflichen Nebenpflichten der Lehrpersonen schlagen sich im neuen Berufsauftrag vor allem in den Bereichen «Zusammenarbeit» und «Schule» nieder, die einen wesentlichen Teil der Arbeitszeit beanspruchen. Das Postulat schlägt deshalb einen Strauss von Massnahmen vor. Es ist nicht abschliessend und wir wissen auch und anerkennen auch, dass die Bildungsdirektion auch schon eigene Massnahmen vorgenommen hat. Es geht im Wesentlichen um zwei Punkte: Es geht einerseits darum, die Heterogenität in den Klassen zu reduzieren, damit die Schule wieder einfacher wird. Und zweitens geht es um eine Entlastung der Lehrpersonen, und zwar eine erzwungene Entlastung der Lehrpersonen. Sie sollen unter anderem durch die Schulleitungen weniger beschäftigt werden mit Nebenprojekten, mit Sitzungen und so weiter. Sie kennen wahrscheinlich das Parkinson'sche Gesetz, das besagt, dass eine Aufgabe so lange dauert wie die Zeit, die dazu zur Verfügung steht. Und wenn man halt Gefässe schafft, dann wird diese Zeit auch gefüllt. Die Lehrpersonen werden auch beschäftigt von den Schulleitungen anstatt Schule zu geben.

Der Regierungsrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, wir danken ihm. Wir danken auch für die bereits getätigten Massnahmen und sind froh, wenn Sie dieses Postulat auch unterstützen. Besten Dank.

Monika Wicki (SP, Zürich): Die Motion, die nun in ein Postulat umgewandelt werden soll, fordert die Entlastung der Lehrpersonen. Dies soll mit Kleinklassen für Schülerinnen und Schüler mit störenden Verhaltensweisen, Aufnahmeklassen für Fremdsprachige sowie einer Verschiebung von Arbeitsstunden hin zu mehr Unterricht, indem Sitzungsgefässe und Projekte reduziert werden, erfolgen. Die Entlastung der Lehrpersonen ist sicherlich eine gute Idee, nur der Weg dazu ist aus Sicht der SP falsch. Denn einerseits geht er auf Kosten der Kinder, also der Schülerinnen und Schüler, und andererseits auch auf Kosten der Zusammenarbeit. Einmal mehr schießt die FDP gegen Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen, indem man alle, die der Norm nicht entsprechen, in separativen Kleinklassen zusammen tut, sie ausgegrenzt, wegsperrt und ihnen eine Förderlehrperson an die Seite stellt. Noch immer scheint es bei den Vertreterinnen und Vertretern der FDP und auch bei einigen anderen Parteien nicht angekommen

zu sein, dass Kleinklassen teurer sind und wirkungslos; teuer, weil sie klein sind und doch eine ganze Lehrperson brauchen, nicht effektiv, weil die Schülerinnen und Schüler mit besonderen Verhaltensweisen untereinander eben nicht andere Verhaltensweisen lernen, sondern sich gegenseitig möglicherweise negativ beeinflussen. Gleichzeitig lernen die Lehrpersonen von den Klassen, aus denen die Kinder kommen, aufgrund der fehlenden Zusammenarbeit mit Förderlehrpersonen oder Fachpersonen nicht die notwendigen Kompetenzen, um mit Heterogenität, wie sie nun einmal in der heutigen Gesellschaft herrscht, umzugehen. Sie lernen nichts von den Förderlehrpersonen, die ausgebildete Fachkräfte in Diagnostik und individualisiertem Unterricht sind und zudem systemisch denken können, weil der Austausch und die Sitzungsgefässe gestrichen werden sollen. Die Motionäre gehen mit ihrem Vorstoss ins letzte Jahrhundert zurück. Sie träumen von einer Welt, die scheinbar einmal eine bessere war, und verpassen den Anschluss an die heutige Welt, sodass Sie die Zukunft verbauen.

Die SP wird diesen Vorstoss nicht unterstützen. Denn wer wirklich und nicht einfach scheinbar Lehrpersonen entlasten will, schaut, dass sie gut ausgebildet sind, und setzt dich bei der Arbeit zum neuen Berufsauftrag dafür ein, dass ihnen mehr Stunden für Unterricht eingestellt werden. Besten Dank.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Zuerst möchte ich etwas zum Beschäftigungsgrad sagen: Die Bildungsdirektion weist 75 Prozent Teilzeitarbeitsverhältnisse auf, in den übrigen Direktionen sind lediglich 30 Prozent Teilzeitarbeitsverhältnisse. Im Schnitt leisten bei der Bildungsdirektion Beschäftigte ein Pensum von 64 Prozent (*eines vollen*) Arbeitszeitverhältnis, während das durchschnittliche Pensum in den anderen Direktion 90 Prozent (*eines vollen*) Arbeitszeitverhältnis ist. Um die Arbeitszufriedenheit und die Verweildauer der Lehrpersonen in ihrem Beruf zu steigern und die Reibungsverluste zu reduzieren sowie sich wieder auf das Wesentliche zu konzentrieren, sollte man das Postulat, welches dazu da ist, die Lehrer entlasten zu können, unterstützen. Als Nebeneffekte sollte die Anzahl Bezugspersonen pro Kind reduziert werden. Die SVP/EDU-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Dieses Postulat scheint prima vista überzeugend dargelegt, doch beim genaueren Hinsehen wenig konzis. Weshalb? Es stellt ein Potpourri von vier Themen dar. Marc Bourgeois hat gesagt «einen Strauss von Massnahmen», für uns ist es eher ein Potpourri, ein bisschen unübersichtlich. Und diese Massnahmen sollen angeblich zur Entlastung der Lehrpersonen führen. Unserer Meinung nach stehen diese Massnahmen aber zu wenig im Zusammenhang zueinander. Vor allem ist die Wirkungskraft der einen Themen gross, der anderen verhältnismässig klein. Der Beschluss der Regierung vom Juli 2022, diesen Antrag als Postulat und nicht als Motion entgegenzunehmen, passt denn auch zu diesem Gesamteindruck. Zuerst Bemerkungen zu den eher niederschweligen Massnahmen:

Zurückstellung der Kindergartenkinder: In einem Postulat die Umsetzung eines anderen laufenden Postulats zu fordern, ist zunächst einmal eine Kuriosität, wie

ich finde. Doch inzwischen wurde dieses Postulat ja abgeschrieben und die verlangte Zurückstellung der Kindergartenkinder um ein halbes Jahr abgehandelt. Trotzdem merke ich hierzu an, dass ich stark bezweifle, ob diese Massnahme wirklich eine Entlastung für die Lehrpersonen bedeutet hätte. Ich stelle mir eher den Zusatzaufwand vor, der sich aus der Betreuung der im Februar hereinschneidenden Kinder ergäbe.

Zu einem nächsten Punkt: Was die Aufnahmeklassen betrifft, so kann jede Gemeinde bei Bedarf diese Massnahme treffen. Die Möglichkeiten sind also schon gegeben. Wir Grüne sehen hier keine Notwendigkeit zu zwingenden Massnahmen. Jede Gemeinde kann bei einer gewissen Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf auf DAZ, Deutsch als Zweitsprache, beim Volksschulamt eine Aufnahmeklasse beantragen. Und nun zu den einschneidenderen Forderungen:

Der Sitzungsplan: Ich stimme aus eigener Berufserfahrung zu, dass der Sitzungsplan für die Lehrpersonen an den Schulen massiv verschlankt werden könnte. Oft sitzt man nur da, damit man gegessen hat, und man hat das Gefühl, eigentlich sei alles schon gesagt oder gefühlte 100-mal gehört worden. Das ist sehr anstrengend und überhaupt nicht zielführend. Man würde in dieser Zeit lieber Lektionen vorbereiten. Und ja, für die Vorbereitung der Lektionen hat der neue Berufsauftrag eindeutig massiv zu wenig einberechnet. Rütteln wir nun aber an der Bastion «neuer Berufsauftrag», ist zu bedenken, dass hierzu bereits eine Vernehmlassung gelaufen ist. Beim neuen Berufsauftrag ist das Gesamtpaket zu revidieren und nicht die Teile im Einzelnen. Und last but not least zum wichtigsten Punkt des Postulats: Der Ruf nach Förderklassen würde das ganze jetzige schulische System umkrempleln. Wie wir wissen, haben Vertreterinnen und Vertreter der GLP und FDP kürzlich eine Volksinitiative zu diesem Thema lanciert. Dass nun ein ähnlicher Wortlaut dieser Initiative, die einen massiven strukturellen Eingriff ins aktuelle Schulsystem bedeuten würde, etwas unschuldig als eine von vier geforderten Massnahmen in diesem Postulat daherkommt, ist unverständlich. Natürlich würden Klassenlehrpersonen und die regelkonform funktionierenden Schulkinder entlastet, wenn die Kinder mit besonderen Bedürfnissen und Verhaltensauffälligkeiten in separierten Klassen unterrichtet würden. Das ist aber nicht die Idee des integrativen Schulsystems. Es ist zwar ein offenes Geheimnis, dass einzelne Gemeinden im Kanton Zürich mit den Vorgaben, die das integrative Modell nach sich zieht, auch an ihre Grenzen stossen. Aufgrund staatsrechtlicher und bundesrechtlicher Vorgaben sind uns aber die Rahmenbedingungen eines integrativen Schulsystems vorgegeben. Und auch aus ethischer Sicht wollen wir Behindertengleichstellungsgesetze und die UNO-Konventionen berücksichtigen. Separative Alternativmodelle lösen Befremden aus. Es klingt so, als ob man pauschal störende Kinder – die Gründe sind ja immer äusserst vielfältig und individuell – aussortieren wollte.

Wir Grüne halten klar am integrativen Modell fest. Und wenn man vom System überzeugt ist, muss man auch bereit sein, genau hinzuschauen, um in einzelnen Punkten Verbesserungen vorzunehmen: Wenn etwas so nicht läuft, wie es sollte, zum Beispiel die Lehrpersonen zu weniger Sitzungen verpflichtet oder teilinteg-

rative Modelle installieren, wie zum Beispiel den erweiterten Lernraum, Schulin-seln, Entlastungsklassen, der Möglichkeiten sind viele. Die Schule ändert sich ständig, genauso wie unsere Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, dass wir immer wieder Anpassungen vornehmen und Handlungsspielräume erweitern. Aber das alte System der separierenden Förderklassen – eigentlich sind es ja Sonderklassen – wieder heraufzubeschwören, das macht keinen Sinn. Deshalb lehnen wir ab.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Das Postulat begeistert uns nur mässig. Gewisse Forderungen sind schon überholt, zum Beispiel das Postulat zur Zurück-stellung von Kindergartenkindern um halbe Jahre, welches schon abgeschrieben wurden. Auch möchten wir den Gemeinden keine Aufnahmeklassen vorschrei-ben. Die Mitte wird das Postulat aber trotzdem überweisen, weil es die Belastung der Lehrperson stark mit der Heterogenität in der Schule in Verbindung bringt und damit stark das Thema «Kleinklassen und Separation» aufgreift. Wir alle wis-sen, dass dies ein Thema ist, das im Moment stark bewegt, sei man jetzt dafür oder dagegen. Bei den Grenzen der Integration gehen aber die Lösungsansätze diametral auseinander. Wir denken deshalb, dass es durchaus sinnvoll ist, wenn sich durch die Überweisung des Vorstosses die Kommission mit diesem Thema und den verschiedenen Standpunkten dazu nochmals vertieft auseinandersetzen kann.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Mit dem vierten Punkt des vorliegenden Postulats wären auch wir von der AL im Grundsatz noch einverstanden. Es braucht mehr Stunden im NBA (*Neuer Berufsauftrag*) für Klassenlehrpersonen, damit diese entlastet werden, aber bitte nicht auf Kosten der Zusammenarbeit. Und die AL wehrt sich auch vehement gegen den grundsätzlichen Angriff auf das Integrative Schulsystem und gegen die Wiedereinführung von Klein- und Förderklassen im Namen der überlasteten Lehrpersonen. Die Separierung von Kindern in der Schule hat für diese nachweislich negative Folgen im späteren Leben. Schulische Inklusion bringt mehr Berufserfolg, höhere soziale Akzeptanz und damit mehr Lebenszufriedenheit. Die AL setzt sich ein für Chancengerechtigkeit und für ein Schulsystem, das nicht auf einer neoliberalen Ideologie beruht, sondern alle Kin-der gemäss ihren jeweiligen Bedürfnissen fördert und unterstützt.

Die ersten drei im Postulat geforderten Punkte, also das Zurückstellen der Kin-dergartenkinder um halbe Jahre, haben wir ja bereits diskutiert, da gehe ich nicht mehr darauf ein. Die anderen Punkte sind klar abzulehnen und bringen unserer Meinung nach auch nicht die gewünschte Entlastung der Lehrpersonen. Denn auch der Aufwand für die Separation ist enorm. Stattdessen fordern wir kleinere Klassen auf allen Stufen, das Einrichten von Lerninseln, eine Erhöhung des Lek-tionenansatzes und generelle Entlastung bei den administrativen Aufwänden. Die AL wird das Postulat daher nicht überweisen.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Ich vertrete Christoph Ziegler bei diesem Ge-schäft, er ist entschuldigt.

Der Titel des Postulats ist recht lange und umfassend: Entlastung von Lehrpersonen im und ausserhalb des Unterrichts zur Steigerung der Beschäftigungsquote, der Produktivität und der Verweildauer in Beruf. Das Postulat will Lehrpersonen entlasten und macht viele Vorschläge, die teilweise wenig miteinander zu tun haben. Förder- und Kleinklassen für Schülerinnen und Schüler, welche den Unterricht massiv stören, Aufnahmeklassen für Schüler, die nicht genügend Deutsch sprechen, Entlastung für Kindergartenlehrpersonen, Reduktion der Zeitgefässe für Zusammenarbeit und Schule, also mehr Zeit für Unterricht und weniger Sitzungen und Projekte.

Zu jedem der einzelnen Themen könnte ich nun differenzierte Voten abgeben, doch das dauert zu lange, deshalb im Telegrammstil:

Kleinklasse: Bei der Förderklasseninitiative sind wir Grünliberale dabei und haben hier im Rat auch eine entsprechende Motion eingereicht. Es ist ja nicht nur die Initiative, die im Raum steht. Grundsätzlich Integration ja, aber der Bogen bei der Integration und Inklusion wurde eben überspannt im Postulat.

Aufnahmeklassen: Es ist wirklich ein Problem, dass die Kindergartenkinder immer jünger werden. Das Volk hat es leider so gewollt. Die Arbeit der Kindergartenlehrpersonen wird so natürlich nicht einfacher. Das haben übrigens auch die Eltern erkannt, Kinder werden auf Gesuch der Eltern en masse zurückgestellt.

Den Ausbau des Zeitbudgets für den Tätigkeitsbereich «Unterricht» befürworten wir. Die Lehrpersonen sollen sich vermehrt auf ihre Kernkompetenz, das Unterrichten, konzentrieren können. Persönlich frage ich mich hier natürlich zusätzlich oder anstatt: Wenn man alle vier Jahre im Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht sieht, wie die Aufwendungen im Bildungs- und Schulbereich steigen, sowohl beim Kanton wie auf der Gemeindeebene, dann muss man sich schon Gedanken machen, wohin das führen wird. So kann das meines Erachtens auch nicht weitergehen.

Und noch zum Beschäftigungsgrad: Ja, der Beschäftigungsgrad und die Verweildauer der Lehrpersonen müssen erhöht werden. Wir brauchen mehr junge Lehrerinnen und Lehrer, die mit Herzblut und Begeisterung in einem hohen Pensum unterrichten und nicht nach fünf Jahren schon wieder ihren Beruf quittieren.

Das Postulat ist nicht nur ein Potpourri oder ein bunter Strauss von Massnahmen, es mixt Kraut und Rüben zu einem – Zitat Christoph Ziegler – «kaum geniessbaren Einheitsbrei» zusammen. Dieses Postulat gehört zu den übergeordneten Themenbereichen Lehrermangel und Berufsauftrag. In einem Bericht kann die Regierung kaum eine Lösung für alles finden. Wir haben verschiedene Vorstösse auf der Traktandenliste, welche einzelne konkrete Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel fordern oder eine Verbesserung des Berufsauftrags vorschlagen. Sie sollten im Kantonsrat und in der Kommission nach Möglichkeit zusammen besprochen werden.

Der Grundtenor des Postulats stimmt. Wir überweisen Kraut und Rüben, wünschen uns gleichzeitig eine baldige Behandlung ähnlicher differenzierter Vorstösse. Dabei kann die FDP dann Farbe bekennen und die konkreten Vorstösse mitunterstützen, welche ihre Anliegen ja aufnehmen. Besten Dank.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Ich anerkenne, dass Marc Bourgeois und seine Mitunterzeichnenden mit diesem Postulat hochaktuelle Fragen ansprechen, die in der Volksschule intensiv diskutiert werden: die Frage der Integration und ihre Grenzen, mögliche Entlastungen durch Lerninseln oder Förderklassen, aber auch die Frage der Belastungssituation der Lehrpersonen und mögliche Entlastungsmöglichkeiten. Weshalb unterstützen wir als EVP diesen Vorstoss dennoch nicht? Ganz einfach: Die Forderungen dieses Vorstosses sind unrealistisch; interessante Ideen, aber deren Umsetzung soll nichts kosten. Ein Beispiel: Man soll zusätzliche Förderklassen einrichten, soll das aber mit bestehenden Ressourcen bewältigen. Ein anderes Beispiel: Man soll das Unterrichtszeitbudget für Lehrpersonen ausbauen, aber das doch bitte schön ohne Erhöhung des Lektionenfaktors, einfach mit ein paar Sitzungen und Projekten weniger. Davon habe ich auch schon geträumt. Im Ernst, die Entlastung von Lehrpersonen ist möglich, aber sie hat einen Preis. Darüber werden wir dann bei der Überarbeitung des Berufsauftrags wieder sprechen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich weiss nicht, ob alle gemerkt haben, wann das Postulat eingereicht wurde, es wird leider erst heute behandelt. Es wurde am 11. Juli 2022 eingereicht. Die Initiative kam viel später, über ein Jahr später. Man sollte vielleicht den Zeitstand berücksichtigen, bevor man etwas dazu kommentiert.

Was mir sehr gefallen hat, ist das differenzierte Statement von Livia Knüsel. Man spürt hier Erfahrung und ich habe auch erfreut zur Kenntnis genommen, dass auch sie einerseits der Ansicht ist, dass man vielleicht mal ein bisschen weniger sitzen könnte, und dass auch sie zumindest teilweise anerkennt, dass wir mit dem integrativen Modell teilweise wirklich an Grenzen stossen und es sehr schwierig ist in der Praxis. Das hat mich sehr gefreut. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Motion verlangt vom Regierungsrat, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um Lehr- und Förderpersonen während des Unterrichts von Druck und ausserhalb des Unterrichts von unterrichtsfremden Tätigkeiten – gemeint sind Sitzungen – gezielt zu entlasten, damit sie sich wieder auf ihre eigentliche Bildungstätigkeit konzentrieren können. Die in der Motion formulierten Vorschläge einer Gesetzesanpassung lassen sich zumindest teilweise mit der Revision des Lehrpersonalgesetzes im Zusammenhang mit der Definition des neuen Berufsauftrags umsetzen. Und da die Motionäre mit der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat einverstanden sind, ist der Regierungsrat auch damit einverstanden, das Postulat entgegenzunehmen.

Ich erlaube mir hier doch noch einen Hinweis zu machen zum mehrfach erwähnten Beschäftigungsgrad und der Verweildauer der Lehrpersonen im Beruf: Viele dieser Behauptungen, die heute vorgebracht wurden, sind ins Land der Mythen zu verweisen. Die Verweildauer der Lehrpersonen ist nicht allzu kurz, sieben Jahre im Schnitt, und der Beschäftigungsgrad ist eigentlich auch sehr konstant. Es ist auch nicht zulässig, die Direktionen miteinander zu vergleichen. Wenn Sie näm-

lich nur meine Kernverwaltung mit den Kernverwaltungen der anderen Direktionen vergleichen würden, dann stünde die Bildungsdirektion etwa im Schnitt gleich da. Dass Lehrpersonen Teilzeit arbeiten, ist ein Fakt, und ich glaube, das ist auch zu begrüßen. Denn nur so können wir auch Frauen während der Familienzeit in diesem Beruf behalten. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass wir diese Daten sehr genau nochmals wissenschaftlich und intensiv ausgewertet haben. Sie werden am Mittwoch veröffentlicht und dann können Sie die Zahlen selber nochmals kontrollieren und allenfalls Ihre Meinung in Bezug auf die Verweildauer und den Beschäftigungsgrad revidieren.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 228/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.